

dem Volk wieder wie im Jahre 1923 Zeit zu verschweigen.

Es ist klar, daß die Kommunisten gegen diesen reaktionären Feindzug den Kampf mit allen Mitteln führen werden. Aber wie will die Gesellschaft, die bisher den Kampf gegen die Reaktion und für die Demokratie als ihr Prinzip ausgegeben hat, diesen Kampf führen? Was gedenken der rühmreiche „Vollblut“, das tapfere Reichsbanner und vor allem die mutigen „Kampfkämpfer“ der SPD, was gedenkt der ADGB, als Vertreter der Interessen von Millionen Arbeitern, zu tun?

Der „Vorwärts“ ist so weit, daß er die Wertlosigkeit der von ihm bisher angepriesenen Akteure eingestehen muß. Die edle Stämpfer-Gilde hat monatelang das Volk verdummt mit schönen Erzählungen über den prächtigen „Vollblut“, der zum Schutze der Republik und zum Segen der Arbeiterschaft regieren könnte, wenn nicht die bösen Kommunisten „im Bunde mit der Reaktion“ ihn daran hinderten. Was lesen wir nun im „Vorwärts“ vom 21. Mai? „Daß ein Vollblut, der darauf ausgeht, das Kabinett Luther zu stürzen und an seiner Stelle selbst die Regierung zu übernehmen, nicht besteht.“ Und warum besteht dieser Vollblut auf einmal nicht mehr? Weil die SPD offiziell erklärt hat, daß sie diese tapferen Republikaner gerne regieren lassen wollte, wenn sie nur eine Kleinigkeit täten, nämlich wirklich gegen Hindenburg und nicht für Hindenburg regierten.

Womit begründet der „Vorwärts“ diese plötzliche Abneigung gegen eine Weimarer Regierung? Damit, daß die Weimarer Koalition keine „reife parlamentarische Mehrheit“ hat. Nun, verehrte Parlamentsstrategen, diesem Uebel kann abgeholfen werden. Wir wollen euch einen gutgemeinten Rat geben, wie ihr es anstellen müßt. Stürzt die Luther-Regierung, bildet eure Weimarer Regierung, stellt die Vertrauensfrage. Die SPD-Fraktion wird sich der Stimme enthalten, und ihr habt die Mehrheit. Aber keine reife Mehrheit, werdet ihr sagen. Denn die Kommunisten werden euch vielleicht schon am nächsten Tage wieder stürzen. Aber auch dagegen gibt es ein Mittel. Legt am ersten Tage eurer Regierung ein Gesetz über den harten Arbeitstagen, über die Aufhebung der Lohnsteuer vor, zieht die Steuer- und Zollvorlagen der Luther-Regierung zurück, beantragt eine volle Amnestie für alle proletarischen Gefangenen, verbietet gänzlich die monarchistischen Kampforganisationen, kurz: nehmt die Forderungen des Offenen Briefes der SPD als Grundlage eures Regierungsprogramms, und wenn die SPD euch dann stürzt, dann könnt ihr Hottentottenwahlen gegen die Kommunisten durchführen, bei denen euch die Mehrheit für die Weimarer Koalition sicher ist. Denn das deutsche Volk ist doch in seiner Mehrheit republikanisch, nicht wahr?

Wenn ihr aber diesen Weg des Vollblutes nicht für gangbar haltet, wenn ihr zugeben müßt, daß man mit einem Zentrum, das für Hindenburg stimmt, mit „Demokraten“, die sich gegenüber einer Hindenburg-Regierung der Stimme enthalten, nicht gegen die Reaktion kämpfen kann, was habt ihr dann sonst für einen Weg zum Kampfe gegen die Reaktion vorzuschlagen? Der „Vorwärts“ sagt in seinem Artikel zur Zollfrage am 21. 5. in einem Atem, daß die Abwehr der Zollpläne nur erreicht werden kann, „wenn Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten eine gemeinsame Linie des Handelns finden“ (also er bereitet schon ein Kompromiß in der Zollfrage vor!), und daß nur die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise, die hinter diesen Parteien stehen, das gleiche Interesse haben wie die Sozialdemokraten, Lohn- und Gehaltsempfänger. Wenn es also den SPD-Strategen nicht um Ministerposten und Koalitionshiebungen zu tun ist, sondern um einen wirklichen Kampf gegen die Raubpläne der Bourgeoisie, dann ist der Weg gegeben: nicht Koalition mit den Schwerindustriellen des Zentrums und den Bank- und Börsenmagnaten von der Demokratie, sondern der Bund aller Werktätigen unter der roten Fahne!

Dazu wäre es notwendig: erstens alles zu tun, um die Einheit der Gewerkschaften, als der gegebenen Organisation des wirtschaftlichen Kampfes, wieder herzustellen, zweitens eine breite Massenkampagne zur Vorbereitung des Kampfes einzuleiten, die den Zusammenhang zwischen den wirtschaftlichen Raubplänen der Bourgeoisie und den Plänen der Reaktion aufklärt und die werktätigen Massen unter der roten Fahne des Klassenkampfes sammelt.

Das sind die Aufgaben einer Arbeiterpartei am gegenwärtigen Zeitpunkt. Die SPD denkt nicht daran, diese Aufgaben zu erfüllen, eben deshalb, weil sie keine Arbeiterpartei ist. Auch die sogenannte „Linie“ in der SPD, denkt nicht daran, solche Forderungen zu stellen, sondern unterstützt treu und brav den Reichsbanner-Schwundel, die gewerkschaftspolizistische Taktik der Amsterdamer und die antihoffenwärtische Heke des Parteivorstandes.

Die SPD, als die einzige Arbeiterpartei vertritt die Massen nicht auf parlamentarische Wunder, sie zerläßt den demagogischen Feind der Arbeiterfeinde, sie sammelt die Massen zum Kampfe gegen Hindenburg und keine Luther-Regierung. Das ist die klare und einfache Sachlage, die es gilt den Arbeitern unermüdet zu erklären, damit sie die richtige Entscheidung treffen und den einzigen Weg der Befreiung, den Weg der roten Front gegen die monarchistische, schwerindustrielle Diktatur finden.

Der Kartoffelzoll soll den Pakt der Junter und Industriemitter besiegeln

Der Prolet soll zahlen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das Blatt der Kohlenkönige von Rhein und Ruhr, nimmt dieser Tage in sehr ausführlicher Weise zu den Agrarzöllen Stellung. Der Schluß des Artikels verweist auf einen sehr wichtigen innenpolitischen Punkt der Zollfrage. Es heißt da:

„Für allem sollen die Agrarzölle einen Ausgleich bieten gegen den unentbehrlich gewordenen Industriezoll. Billigere Preise als jezt vermag die deutsche Industrie der Landwirtschaft über nicht zu stellen und damit fällt auch die Hoffnung mancher Kreise zusammen, daß die von der Landwirtschaft benötigten Betriebsmittel, wie Maschinen, verbilligt werden müßten, was wertvoller als ein Schutzoll für die Landwirtschaft ist. Wenn aber der Landwirtschaft der Schutzoll vorerhalten wird, so wird dadurch ihre Kaufkraft geschwächt, und die muß sich ohne weiteres dann auf den Abfall der Industrie auswirken. Die einzelnen Glieder innerhalb unserer Volkswirtschaft sind wechselseitig auf sich angewiesen und profitieren direkt und indirekt durch Schutzzölle.“

Die „einzelnen Glieder innerhalb unserer Volkswirtschaft“ — darunter ist nichts anderes zu verstehen als die Junkerklasse einerseits, die industrielle Ausbeuterklasse andererseits. Die Agrarzölle — so legt das schwerindustrielle Blatt dar — sind ein Mittel des „Ausgleichs“ zwischen den agrarischen und industriellen Ausbeuterfraktionen, ein Mittel des wirtschaftlichen Bündnisses, dem das politische Bündnis im Zeichen Hindenburgs entspricht. Die Industriemitter und die Kartoffeljunter sichern sich gegenseitig

permittiert der Zoll das beständige gleiche an Extraprofiten. Die weitestgehenden Vorteile gehen ihren stehenden Rändern in Hindenburg deutlich zu verstehen: billigere landwirtschaftliche Geräte und Maschinen gibt es nicht! Agrarzoll muß auch genügen! Die Schwerindustriellen hoffen andererseits, daß der Agrarzoll und damit die erhöhten Einnahmen für Kartoffeln und Getreide die Junter zu gesteigertem Kauf von Maschinen anspornen wird. Das Blatt schreibt in der Tat:

„Die Schutzzölle sollen keine Art Prämie vorstellen, damit die Landwirtschaft (Nies: die Spitze der Großagrarier!) auf ihrem gegenwärtigen technischen Stand stehen bleibt, sondern sie sollen gerade die Produktivkraft steigern, die Intensivierung ermöglichen.“

Nun ist aber, diesem hoffnungsvollen Geschwätz zum Trost, der Agrarzoll in Wirklichkeit nichts als eine „Trägheitsprämie“, ein Ansporn zur Extrahierung, zum behäbigen Weiterwurzeln auf dem Rücken der schuftenden und schwihenden Landarbeiter. Der Agrarzoll sichert ja gerade den beständigen Extraprofit, der sonst nur teilweise durch zeitweilige technische Überlegenheit im Konkurrenzkampf zu erzielen wäre. Gerade er macht also die Anwendung neuer Maschinen überflüssig. Alles Geschwätz von „Erziehungsrollen“ usw. ist pure Phrasologie. Es handelt sich rein um den (imperialistischen) Extraprofit, vermittelt der staatlichen Gewalt ausgepumpt aus den Millionen Arbeitern und armen Bauern in Stadt und Land, die für jede Kartoffelkuppe und für jede Bruttunne den feinen ostelbischen Junter jedesmal einige Pfennige Tribut in die Tasche jagen sollen.

Wenn die Junter samt ihrem Anhang von Großbauern sich mit den Konzernherren aus der Industrie ökonomisch und politisch verbünden, geschieht es stets auf dem Rücken des ahnenden Lohnflawen; erst recht aber, wenn dieser Pakt der zwei großen Profitmaderfraktionen durch den Zoll auf Brot und Kartoffeln besiegelt wird.

Klassenjustiz

Das Sachverstandesgericht fällt gestern das Urteil in dem Prozeß gegen Lebermann und Genossen. Den Hintergrund dieses Prozesses stellen die revolutionären Notstände des Rhein-Ruhrrevolutionsrevolutions vom Jahre 1923 dar. Lebermann wurde zu 1 Jahr Gefängnis, Ihater zu 1 Jahr 6 Monaten, ein weiterer Angeklagter zu 1 Jahr 10 Monaten, ein weiterer zu 8 Monaten, ein weiterer zu einem Jahr, ein weiterer zu 6 Monaten und noch



Wenn man politischer Gefangener ist. Was Amnestie? Nicht zu machen mein Junge.

ein Angeklagter zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Obwohl sich die ganze Untlage lediglich auf Episkopalrecht stützte, wurde nur ein einziger der angeklagten Arbeiter freigesprochen.

Die oldenburgischen Landtagswahlen

U. Oldenburg, 27. Mai. Nach dem amtlichen Ergebnis der oldenburgischen Landtagswahl verteilen sich die Abgeordneten wie folgt:

Landesblock (Rechtsparteien)	15
Demokraten	5
Bötmische	1
Sozialdemokraten	3
Zentrum	10
Zusammen	49

Bisher waren im Landtage 48 Abgeordnete vertreten. Die Wahlbeteiligung betrug 40 bis 50 Prozent.

Die verringerte Zahl der Abgeordneten ist auf die geringere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Nach den Bestimmungen des oldenburgischen Wahleges entfällt auf je 4000 Stimmen ein Abgeordneter.

Die Wahlen in Oldenburg zeigen einen ausgeprägten Rad nach rechts. Trotz der so schwachen Wahlbeteiligung haben die Rechtsparteien (Hindenburg-Parteien) ihre Stimmenzahl nicht nur gehalten, sondern noch ein Mandat gewinnen können: sie haben jetzt 15 Sitze gegenüber 14 im früheren Landtage. Die Sozialdemokraten verlieren 3 Mandate (9 statt 12), die Demokraten verlieren 4 Mandate (5 statt 9), das Zentrum behauptet seine Mandatszahl (10). Auch die Bötmischen behaupten ihr einziges Mandat. Die Kommunisten, die früher zwei Mandate inne hatten, sind im neuen Landtag nicht mehr vertreten, da sie nur rund 2000 Stimmen erhielten, während für ein Mandat 4000 Stimmen notwendig sind.

Bei der Betrachtung des Wahlergebnisses ist zu berücksichtigen, daß der alte Landtag im Jahre 1923, also in einer akuten revolutionären Situation gewählt wurde. Jetzt man dagegen die letzten Präsidentschaftswahlen zum Vergleich heranziehen, dann erscheint das Ergebnis natürlich in einem anderen Lichte. Wir haben die kommunistische Stimmenzahl bei der Präsidentschaftswahl in Oldenburg augenblicklich nicht zur Hand, jedenfalls ist der Verlust nicht nennenswert.

Verkehrstreit in Halle

Halle, 25. Mai. Gestern vormittag fand eine Abstimmung im Volkspark über den kürzlich in Berlin gefällten Schiedsspruch statt, der den Straßenbahnern ab 15. April eine vorläufige Lohnzulage von 3 Pfg. für die Stunde zubilligte. Der Schiedsspruch ist von Arbeitnehmern abgelehnt worden. Mit 235 gegen 4 Stimmen wurde der sofortige Streik beschlossen. Wie verlautet, werden auch die übrigen Schichten diesem Beschluß beitreten. Die Direktion der Straßenbahn in Halle erlich gestern folgende Bekanntmachung: Wegen Streitgefahre kann auf eine Beförderung durch die städtische Straßenbahn nicht gerechnet werden.

Comjetrußland wehrt die Bolschewistenheke ab

U. Wien, 27. Mai. Wegen einer Rede des Außenministers gegen Moskau und den Bolschewismus hat der hiesige Comjetrußland alle Verhandlungen mit Wiener Industriellen und Kaufleuten über die verfallenden Lieferungsverträge abgebrochen und die für den 9. Juni nach Moskau einberufene Generalversammlung der österreichisch-

rußischen Handelsgesellschaft vorläufig abgelehnt, wenn nicht in den nächsten 24 Stunden alle Streitfragen beigelegt werden. Da die Zahl der an den russischen Lieferungsunternehmen beschäftigten Arbeiter etwa 60 000 betragen soll, werden in der morgigen Sitzung des Nationalrates die Sozialdemokraten an die Regierung und den Ministerpräsidenten eine dringliche Anfrage richten und die sofortige Beilegung des Konfliktes verlangen.

Friedensschalmeien mit Vorbehalt

London, 26. Mai. Die Telunion meldet: Die Nachricht, daß der deutsche Gesandte von Gerdard bei der Waffenhandelskonferenz in Genf die Bereitwilligkeit Deutschlands ausgesprochen hat, ohne Vorbehalte für das Verbot der chemischen Kriegsführung zu stimmen, hat in London große Genugtuung hervorgerufen. Man sei indessen geneigt, so schreibt heute „Evening Standard“, bei dieser Meldung Vorbehalte zu machen. Man brauche nur daran zu erinnern, daß der bekannte englische Chemiker Malkane in einer viel kritisierten Schrift bewiesen habe, daß die Gaskriegsführung ebenso gnädig wie wertungsvoll sei. Dieser Punkt müsse vor allen Dingen vorher geprüft werden, bevor England ein Abkommen eingehe, das andere nicht billigten.

Die Meldung enthält den Schwindel der Friedensredner deutlich genug. Die großen Räuber denken gar nicht daran, die Kriegsvorbereitungen abzubauen. Sie wollen nur die Arbeiter, die auch die Opfer des nächsten Krieges sind, betrügen. Der Gaskrieg ist „gnädig“, das heißt die Menschen krepieren schneller als von Granatsplittern. Die Arbeiter, insbesondere die sozialdemokratischen, sollten sich den Sinn einer solchen Meldung überlegen, dann werden sie erkennen, was sie von dem kläglichen Friedensgerede der SPD zu halten haben.

Amerika lehnt die Beteiligung am Sicherheitspakt ab

Washington, 26. Mai. (Nachdruck der Telunion.) Wie aus dem Weißen Hause mitgeteilt wird, sieht Präsident Coolidge keinen Anlaß zur Teilnahme Amerikas am Sicherheitspakt.

Nieder mit dem Marokkofrieg!

Offener Brief der CGU an die CGT.

Das Exekutivkomitee des französischen roten Gewerkschaftsbundes (CGU.) richtet an den reformistischen Gewerkschaftsbund (CGT.) einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Obwohl ihr niemals auf die zahllosen Briefe, die wir an euch gerichtet haben, sei es, um die Kräfte der beiden Gewerkschaftsverbände zum Zwecke des Kampfes im bestimmte, unmittelfarbare Forderungen zu verbinden, sei es, um die gewerkschaftliche Einheit herzustellen, geantwortet habt, zögert das Exekutivkomitee der CGU., angesichts der großen Bedeutung der gegenwärtigen Ereignisse nicht, nochmals eure Aufmerksamkeit auf die dringende Notwendigkeit, eine breite Massenbewegung zu organisieren zum Protest gegen die Aktion der französischen Regierung gegen die Rispublik unternehmen hat. Niemand kann den wirklichen Charakter der Ereignisse in Marokko und die volle Verantwortlichkeit der französischen Regierung für dieses gefährliche Abenteuer mit Stillschweigen übergehen. Dieser neue Marokkofrieg ist die letzte Reihe von Kolonialexpeditionen fort, gegen welche das französische Proletariat jederzeit und mit allem Recht härtesten Widerstand leisten muß.

Die Marokkoexpedition enthält vor aller Augen ihren Charakter als einen Krieg im großen Stil.

Gegen den revolutionären Grundgedanken, die CGU. alle revolutionären Organisationen, Gewerkschaften, Verbände und Bezirksorganisationen und letzten Endes das gesamte Proletariat auf, sofort eine allgemeine Protestbewegung gegen den Marokkofrieg und gegen andere verantwortliche Regierung einzuleiten.

Schweigen bedeutet nicht nur, sich mitschuldig machen an den imperialistischen Plänen der französischen Regierung, die in dieser Hinsicht von allen Parteien der Reaktion unterstützt wird, bedeutet nicht nur, sich mitschuldig machen an dem sinnlosen Konflikt, der darauf folgen wird, wie an den diplomatischen Konflikten, die sich daraus ergeben, bedeutet darüber hinaus sich mitschuldig machen an dem Tode von Tausenden von Soldaten, die von der französischen Regierung gezwungen werden, ein Werk zu vollbringen, das das Proletariat mit Entschlossenheit zurückweisen muß und das jeder revolutionäre Arbeiter sofort zulegen strebt sein muß.

Schweigen bedeutet sich mitschuldig machen an der Rückmehkung der Risleute, die für ihre Freiheit und ihre Existenz kämpfen.

Der imperialistische Charakter des Marokkofrieges, ebend wie seine betrübenden und gefährlichen Folgen, widersteht nicht dem gesunden Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse, bedeutet auf der anderen Seite einen so schamlosen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker — ein Recht, das von der Regierung anerkannt und von eurer Organisation verteidigt wird — daß selbst im Schoße eurer Organisation lebhafter Protest zum Ausdruck gebracht wird.

Die CGU. nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem wackeren Protest der Gewerkschaftsorganisationen (reformistische der Red.) der Departements Girande Gours-Garonne und Rhone gegen den Marokkofrieg und die Regierung. Aber es ist klar, daß dieser Protest um so schneller einen allgemeinen und entscheidenden Charakter annehmen wird, wenn die beiden Gewerkschaftsverbände öffentlich und geschlossen eine einheitliche Aktion unternehmen.

In diesem Sinne macht das Exekutivkomitee der CGU. euch den Vorschlag, in ganz Frankreich gemeinsam eine breite Propagandakampagne und öffentliche Arbeiterdemonstrationen zu veranstalten mit folgenden Parolen:

Sofortiger Frieden mit den Risleuten!

Militärische Räumung Marokkos, wie sie seit jeher von der CGU. gefordert wurde.

Die französischen Sozialdemokraten gehen ins Hauptquartier

Paris. Die Sozialdemokraten beantragten in der Kammer mit Erfolg Vertagung der Aussprache über den Marokkofrieden. Sie wollten sich vorher im Einklang auf einer Linie mit den Bürgerlichen einigen, um dann geschlossen der Resolution Poincaré zuzustimmen. Die Kommunisten sind die einzigen entschiedenen Gegner des Ränderkrieges der „Sozialisten“ in Marokko. Wie das Volk-Telegraphenbureau mitteilt, soll der Sozialist Renaudel die Absicht haben, im Heeresauschuß der Kammer in der nächsten Sitzung am Freitag den Vorschlag zu machen, eine Delegation in die Operationszone von Marokko zu entsenden, um dort das Kontrollrecht des Heeresauschusses auszuüben, wie es während des Weltkrieges geschehen ist.